

„Die Gemeinsamkeiten im Blick haben“

Interview mit Bildungsminister Claude Meisch,
über die Ausgestaltung des Werteunterrichts

Die blau-rot-grüne Regierung plant einen einheitlichen Werteunterricht anstelle der „Education religieuse et morale“ (ERM) und der bisherigen „Education morale et sociale“ (EMS) einzuführen. Wie sieht der „Fahrplan“ bis zu Einführung aus?

Claude Meisch: Die Einführung eines Werteunterrichts in unserem Schulsystem ist Teil einer gesamten Neuordnung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat, die von der Regierung angestrebt wird. Im Vordergrund steht für uns die Frage: Wie muss ein Werteunterricht aussehen, der unsere Schüler stärkt? Wie können wir sie altersgerecht an die großen philosophischen und spirituellen Fragen unserer Gesellschaft heranführen und ihnen dabei helfen, eine eigene, kritische Herangehensweise zu entwickeln? Dies ist keine Debatte, die von Politikern geführt werden darf, sondern von Bildungsexperten. Aus diesem Grund haben wir Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich diesen Fragen aktuell annehmen.

Welche Themen soll dieser Unterricht abdecken? Welcher Stellenwert wird darin religiösen Weltanschauungen zukommen? Und inwiefern unterscheidet sich der Werteunterricht von dem des EMS?

C. M.: Es stört mich, dass die Diskussion rund um den Werteunterricht, droht darauf reduziert zu werden, wie viel „Religion“ und wie viel „Moral“ sich nachher darin wiederfinden wird. Mein Anliegen ist, dass wir die Schüler in dem Unterricht wiederfinden. Unsere Gedanken müssen darum drehen, wie wir sie stärken können. Und ich sehe heute bereits eine Reihe von

Parallelen zwischen den beiden Fächern. Die „Education morale et sociale“ behandelt auch heute schon religiöse und spirituelle Themen, und im Religionsunterricht werden natürlich moralische Fragen thematisiert. Wir sollten deshalb nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten im Blick haben und dies im Interesse der Schüler.

Haben Sie sich ein bestimmtes Land zum Vorbild genommen?

C. M.: Wir haben den Experten vorgeschlagen, sich gegenüber dem Modell des Werteunterrichts zu positionieren, das in Quebec umgesetzt wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir dieses Modell eins zu eins übernehmen wollen. Es dient vielmehr als Diskussionsgrundlage, um den Dialog mit den Akteuren zu strukturieren.

Bisher hängt die Gestaltung der Fächer ERM und EMS stark von den einzelnen Lehrern ab. Wie wollen Sie künftig die Qualität des Werteunterrichts kontrollieren?

C. M.: Der Lehrplan, der ausgearbeitet wird, soll natürlich auch die Qualität des neuen Unterrichts gewährleisten. Die Art und Weise, wie dieser im schulischen Alltag umgesetzt wird, hängt dann immer vom einzelnen Lehrer ab. Ich glaube nicht, dass dies spezifisch für die Fächer ERM und EMS ist. Die Einführung eines neuen Lehrplans muss aber natürlich durch eine ganze Reihe von Maßnahmen begleitet werden, die garantieren sollen, dass dieser auch richtig umgesetzt wird. Dazu gehören unter anderem auch Informations- und Weiterbildungsangebote.

Wer wird den Werteunterricht im Sekundarunterricht leiten? Wird er in der Grundschule von dem Lehrer unterrichtet?

C. M.: Die Politik definiert in diesem Zusammenhang Anforderungen an die Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte, die in den Luxemburger Schulen intervenieren. Ob sich ein Lehrer in der Grundschule etwa dazu entscheidet, den Werteunterricht selbst zu übernehmen oder abzugeben, liegt nicht allein in der Hand des Ministeriums. Das Profil dieser Lehrkräfte wird Gegenstand unserer Diskussionen mit den Akteuren sein.

Was ist vorgesehen für die Religionslehrer in der Grundschule und im Sekundarunterricht? Können diese Lehrkräfte sich umschulen lassen?

C. M.: Die Frage nach der Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte, die in Zukunft den Werteunterricht halten sollen, stellt sich nicht ausschließlich im Hinblick auf die Religionslehrer. Dies ist eine grundsätzliche Frage, welche Sensibilitäten und Kompetenzen die Lehrkräfte haben müssen, die im Rahmen des Werteunterrichts intervenieren. Allgemein gibt es das starke Bekenntnis der Regierung dazu, dass wir niemanden fallen lassen werden. Wir haben als Staat eine Verantwortung gegenüber den Lehrkräften, denen wir eine langfristige berufliche Perspektive gegeben haben. Diese Verantwortung werden wir wahrnehmen. ♦

Das Interview fand via E-Mail statt. Die Fragen stellte Stephanie Majerus.